

BV 3 am 02.02.2015

**8.1.1 Aufstellung von Werbeanlagen im Stadtbezirk Lindenthal  
(Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/  
Die Grünen)  
AN/0146/2015**

---

Die Bezirksvertretung Lindenthal fasst folgenden **geänderten Beschluss**:

Die Bezirksvertretung Lindenthal fordert die Verwaltung auf, die Standorte der neuen Werbeanlagen und Wertstoffcontainer zur Stellungnahme und gegebenenfalls zur Beschlussfassung der Bezirksvertretung vorzulegen.

Bei Verstößen gegen die Verkehrssicherheit wird die Verwaltung aufgefordert, einen Widerruf der Sondernutzungserlaubnis durchzuführen.

Die Bezirksvertretung rügt die Nicht-Beantwortung diesbezüglicher Anfragen wegen Verstoßes gegen die Geschäftsordnung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Führer

**Aktueller Sachstand:**

Ein Verfahren zur Einbindung der Bezirksvertretungen bei der Standortfestlegung wird derzeit verwaltungsintern abgestimmt.

BV 3 am 02.02.2015

**8.1.8 Aufklärung über das Fütterungsverbot von Wasservögeln und Fischen an bzw. in öffentlichen Gewässern  
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)  
AN/0152/2015**

---

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird gebeten, möglichst umgehend, auf jeden Fall vor Beginn der wärmeren Jahreszeit, an allen Wasserflächen im Grüngürtel und in den Parks des Stadtbezirks Lindenthal die Schilder, die auf das Fütterungsverbot von Vögeln und Fischen hinweisen, zu erneuern. Dabei ist auf die Gefährdung der Gewässer durch die Fütterung hinzuweisen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Führer

**Aktueller Sachstand:**

Die Schilder wurden bereits aufgestellt. Bei Beschädigung oder Beschmutzung werden die Schilder regelmäßig ausgetauscht.

**Der Beschluss ist damit erledigt.**

BV 3 am 02.02.2015

**8.2.1 Gesamtkonzept für die weitere Entwicklung im Kölner Westen für die Orte Weiden, Lövenich und Widdersdorf  
(Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der SPD-Fraktion, von Herrn Blümel/FDP und von Herrn Müller/Die Linke)  
AN/0145/2015**

---

Die Bezirksvertretung fasst folgenden **geänderten Beschluss**:

Die Bezirksvertretung Lindenthal beschließt ein Gesamtkonzept für die weitere Entwicklung im Kölner Westen für die Stadtteile Weiden, Lövenich und Widdersdorf **und ersucht den Rat der Stadt Köln, durch eigenen Beschluss die nachstehenden Maßnahme wirksam werden zu lassen.**

Es ist zwingend erforderlich, Orte Lövenich, Weiden und Widdersdorf vor allem in folgenden Schwerpunkten weiterzuentwickeln:

**Verkehr, Schule, Wohnen, Freiräume. Bürgerbeteiligung**

**Verkehr**

Mobiler Individualverkehr

Das bestehende Straßennetz ist unverzüglich zu ertüchtigen. Dabei sind die in der vorliegenden Verkehrsuntersuchung zum geplanten Frischemarkt in Marsdorf vorgeschlagenen Verbesserungen an den Knotenpunkten wie zum Beispiel Aachener Straße. / Bonnstraße vorrangig umzusetzen.

Stadtbahn

Die Linie 1 wird von Weiden/West entlang des Randkanals nach Widdersdorf und entlang der Straße „Unter Linden“ bis zur Endstelle Haus Rath verlängert.

Der Rat der Stadt Köln wird aufgefordert die Voraussetzungen beim NVR, bei der KVB und beim Land NRW zu schaffen, die Umsetzung dieses Vorhabens beschleunigt zu realisieren.

Eine Verbindung von der verlängerten Linie 1 nach Brauweiler ist vorzusehen und schnellstmöglich mit der Nachbargemeinde Pulheim abzusprechen. Ein direkter Bus von Brauweiler nach Weiden-West ist zum nächsten Fahrplanwechsel einzurichten.

## S-Bahn / SPNV

Die Bezirksvertretung unterstützt mit Nachdruck die Planungen für eine weitere S-Bahn von Köln über Horrem nach Bedburg und fordert den Rat der Stadt Köln auf, beim NVR, im Rhein-Erft-Kreis und beim Land NRW dieses Vorhaben schnell realisieren zu lassen. Die Stadt Köln und der NVR werden aufgefordert, diese Planungen aktiv zu unterstützen.

Ein Haltepunkt Köln-Bocklemünd ist am alten Bahnhof Bocklemünd („Am Freimersdorfer Weg“ zu realisieren. Dieser Haltepunkt ist mit einer Buslinie an Widdersdorf – Brauweiler anzubinden.

## Radwegenetz

Der neue Schulstandort in Widdersdorf und die neuen Wohngebiete werden mit einer attraktiven Radinfrastruktur an wichtige Zielpunkte (besonders ÖPNV, Einkaufen, Freizeit) angebunden.

## Schule

Als Standort einer der weiterführenden Schule und zwar eines Gymnasiums ist das Grundstück an der Adrian Meller Straße / Unter Linden in Köln Widdersdorf vorzusehen.

Der zweite Standort der weiterführenden Schule – eine Gesamtschule – ist ebenfalls im Westen des Stadtbezirks Lindenthal festzulegen.

## Wohnen

Als neues Wohngebiet ist in Widdersdorf-Ost die Fläche hinter dem „Neu-Subbelrather Hof“ entlang des Rad-/ Fußweges zu planen.

Eine weitere Fläche für den Wohnungsbau ist nördlich des Randkanals in Köln-Lövenich zu planen. Durch die Trasse der Stadtbahn ist es möglich, Teile dieses Gebietes beidseits der Brauweiler Straße für Wohnungsbau zu nutzen. Über die Tiefe der Bebauung wird im Rahmen der Planung entschieden sind entsprechend der vom Rat der Stadt Köln beschlossenen kooperativen Baulandmodell zu erschließen.

Beide Wohngebiete sind entsprechend dem vom Rat der Stadt Köln verabschiedeten kooperativen Baulandmodell zu erschließen.

## Freiraum

Drei Freiraumkorridore sind zu realisieren:

1. der schon beschlossene Grünzug West wird von Junkersdorf über Weiden-Süd bis zur Bonnstraße erstellt

2. In Verwirklichung des Konzeptes Regio Grün wird der Freiraum vom Landschaftspark Belvedere ab dem Golfplatz südlich von Widdersdorf beidseits des Lise-Meitner-Rings und der L213 festgesetzt und in Fortführung zusammen mit dem Rhein-Erft-Kreis bis zur Glessener Höhe beplant.
3. Die Flächen nördlich von Widdersdorf vom Randkanal bis zur Eisenbahnstrecke Pulheim-Köln werden als Freiraum ausgewiesen. In Gesprächen mit der Stadt Pulheim wird eine Weiterführung der Freiraumplanung nach Pulheim angestrebt.

Die Ausgleichsmaßnahmen für den Bau der Stadtbahn, der Schule, des Wohnungsbaus werden für die Gestaltung des Freiraumkorridors eingesetzt.

Lövenicher Freifläche

Der „Vinzenzpark“ zwischen Kölner Straße und Lise-Meitner-Ring wird errichtet.

Der Park „Am Heidstamm“ wird errichtet.

### **Bürgerbeteiligung**

Jede Maßnahme wird mit einer aktiven Bürgerbeteiligung umgesetzt.

### **Gesamtkonzept**

**Alle Teile sind nur in ihrer Gesamtheit zu sehen. Sie sind miteinander verbunden und unverzüglich zu realisieren; wobei die Realisierung der oben genannten Schulstandorte absolute Priorität hat. Die neuen Wohngebiete sind ohne vorherige Verbesserungen im ÖPNV, Radverkehr und Straßennetz nicht umsetzbar.**

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Führer

### **Aktueller Sachstand:**

Diese Fragestellungen müssen gesamtstädtisch und nicht nur teilträumlich betrachtet werden. Eine Bearbeitung erfolgt im Rahmen des geplanten Stadtentwicklungskonzeptes Mobilität und Verkehr.

BV 3 am 09.03.2015

**8.1.3 Äußere Gestaltung der Schalt- und Verteilerkästen im Stadtbezirk Lindenthal  
(Antrag der SPD-Fraktion)  
AN/0277/2015**

---

**Die Bezirksvertretung Lindenthal fasst folgenden geänderten Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Lindenthal beauftragt die Verwaltung, Maßnahmen zu entwickeln, welche die Verschönerung der zahlreichen Schalt- und Verteilerkästen im Stadtbezirk zum Ziel haben. Soweit sich diese im Eigentum von öffentlichen oder privaten Unternehmen befinden, soll an diese Unternehmen herangetreten werden, um eine freundlichere Gestaltung der entsprechenden Anlagen vorzunehmen. Zu prüfen ist dabei insbesondere auch, inwiefern Initiativen aus der Bevölkerung wie Bürgerinitiativen, Vereine, Schulen oder Streetart-Künstler in die verbesserte äußere Gestaltung der Schalt- und Verteilerkästen einbezogen werden können.

**Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Unternehmen, die die Verteilerkästen unterhalten, „wilde Graffiti“ oder sonstige Verunstaltungen zeitnah entfernen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**Aktueller Sachstand:**

Hinsichtlich der Säuberung der Kästen wurden die Aufsteller angeschrieben. Eine regelmäßige Reinigung wurde zugesagt.

**Der Beschluss ist damit erledigt.**

BV 3 am 09.03.2015

**8.2.2 Entfernung leerstehender Telefonzellen im Stadtbezirk Lindenthal  
(Antrag der SPD-Fraktion)  
AN/0278/2015**

---

Die Bezirksvertretung Lindenthal fasst folgenden **ergänzten Beschluss**:

Die Bezirksvertretung Lindenthal beauftragt die Verwaltung, durch Wahrnehmung eigener Rechte oder über entsprechende Verhandlungen mit der Deutschen Telekom dafür Sorge zu tragen, dass teilweise schon seit Jahren leerstehende Telefonzellen nicht weiter das Stadtbild belasten. Hier kann mit einfachen Mitteln ein Beitrag zur Entrümpelung **oder sinnvollen Umnutzung (z. B. Bücherschrank)** des öffentlichen Raumes geleistet werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**Aktueller Sachstand:**

Die Deutsche Telekom AG ist angehalten, ihre Telefonanlagen stets in einem saubereren und funktionsfähigen Zustand zu halten bzw. nicht mehr genutzte Anlagen unverzüglich abzubauen. Die Verwaltung befindet sich hierzu mit der Telekom in einem ständigen Austausch.

Telefonanlagen anderer Betreiber befinden sich im Stadtbezirk Lindenthal nicht mehr.

**Der Beschluss ist damit erledigt.**

BV 3 am 30.04.2015

**8.1.15 Unterstützung von freiem WLAN in Lindenthal  
(Antrag von Frau Gerlach/Mitglied der Piratengruppe im Rat der Stadt  
Köln)  
AN/0620/2015**

---

**Beschluss:**

1. Die Bezirksvertretung Lindenthal begrüßt den Auf- und Ausbau von Freifunknetzwerken in Lindenthal.
2. Die Bezirksvertretung Lindenthal dankt allen freiwilligen Helfern, die in Köln insbesondere in Lindenthal ihren gesellschaftlichen Beitrag zur Internetgrundversorgung leisten.
3. Die Bezirksvertretung Lindenthal fordert die Verwaltung auf, zu prüfen, ob der lokale Freifunkausbau aktiv unterstützt werden kann, z.B., indem lokalen Freifunkinitiativen Zugang zu den Dächern der eigenen Immobilien ermöglicht wird oder eigene Freifunk-Router an geeigneten Plätzen aufgestellt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand 5/15:**

Die Verwaltung hat in der Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal am 08.06.2015 unter Tagesordnungspunkt 11.2.1 Folgendes mitgeteilt:

„Bezugnehmend auf die aktuell gestellten Anträge der Piraten zur Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal und zur Sitzung der Bezirksvertretung Nippes zum Thema „Freies WLAN“ unter Nutzung der Router der „Freifunk Initiative“ sowie einem Antrag „Flüchtlingsheime ans Netz“ im Ausschuss für Soziales und Senioren, möchte die Verwaltung kurz den derzeitigen Sachstand darstellen:

Aktuell liegt dem Städtetag eine Anfrage der Freifunker zum aktuellen Entwurf des Telemediengesetzes vor. Aus diesem Anlass und vielfachen Nachfragen seiner Mitgliedsstädte zu dieser Problematik wird der Städtetag in Kürze eine Stellungnahme an die Mitgliedsstädte abgeben. Diese Stellungnahme möchte die Verwaltung zunächst abwarten.

Gegenwärtig laufen in Zusammenarbeit mit dem Rechtsamt der Stadt Köln noch rechtliche Klärungen, insbesondere bezüglich der Störerhaftung. Auch wird geprüft, inwieweit sich der Entwurf zur Novellierung des Telemediengesetzes auf einen geplanten Lösungsansatz rechtlich und organisatorisch auswirken würde. In diesem Zusammenhang ist aber auch noch die Erläuterung weiterer technischer und organisatorischer Fragestellungen erforderlich.



Die Verwaltung wird über die Ergebnisse berichten.“

**Aktueller Sachstand:**

Die Verwaltung prüft aktuell die Möglichkeiten um die lokalen Freifunkinitiativen aktiv zu unterstützen.

Hierzu wird derzeit durch den KDN-Dachverband kommunaler IT-Dienstleister- ein Muster eines Kooperations- und Gestattungsvertrages zur Nutzung der städtischen Liegenschaften für Freifunkrouter erarbeitet.

Mit dieser Vereinbarung soll allen Mitgliedern des KDN eine verbindliche Grundlage zur Verfügung gestellt.

In diesem Zusammenhang wurde durch den KDN ein externes Rechtsgutachten beauftragt.

Der Vertragsentwurf wird in Kürze den Freifunk-Initiativen vorgestellt und anschließend den Bezirksvertretungen und dem Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung wird weiterhin über den Sachstand informieren um die Freifunkinitiativen zu unterstützen.

BV 3 am 30.04.2015

**8.2.1 NVP-Rhein-Erft - hier: Stellungnahme der Stadt Köln  
(Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen, der SPD-Fraktion und Herrn Müller/Die Linke)  
AN/0484/2015**

---

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Lindenthal beschließt folgende Punkte als Stellungnahme der Stadt zum NVP Rhein-Erft-Kreis, die im Rahmen der kommunalen Anhörung abgegeben wird:

Interkommunaler Busverkehr

Die direkte Busanbindung von Glessen-Brauweiler nach Köln-Weiden West.

Nachtbusverkehr von Köln-Weiden (Linie 1) und S-Bahn-Lövenich über Lövenich, Widdersdorf nach Brauweiler in den Nächten von freitags auf samstags, von samstags auf sonntags und vor Feiertagen.

Verbesserung der Anbindung von Frechen und dem Gewerbegebiet Europapark/Marsdorf an den S-Bahn-Haltepunkt Köln-Weiden West.

Verdichtung des Taktes in den morgendlichen Spitzenzeiten auf der Linie 145.

Verlängerung der Linie 146 (10-Minuten-Takt) über Gleueler Straße und dann aufgeteilt nach Horbeller Straße nach Marsdorf (20-Minuten-Takt) und weiter über Sielsdorf nach Gleuel (20-Minuten-Takt). Dort Verknüpfung mit der Linie 978.

Stärkung der Linie 978 nach Hürth-Berrenrath.

SPNV und Stadtbahn

Umsetzung der Planung der S-Bahn Köln-Horrem-Bergheim-Bedburg.

Umsetzung der Planung der S-Bahn Köln-Pulheim (- Grevenbroich) mit einem Haltepunkt in Köln-Bocklemünd.

Eine Stadtbahnanbindung von Brauweiler an das Kölner Stadtbahnnetz – hier in Kombination mit der Verlängerung der Linie 1 von Köln-Weiden West nach Widdersdorf.

Taktverbesserungen auf der interkommunalen Stadtbahnlinie 18 besonders in den Nebenverkehrszeiten Samstag und Sonntag und im Abendverkehr.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**Aktueller Sachstand:**

Aufgrund anderer Prioritätenfestlegungen und fehlender personeller Kapazitäten konnte dieser Beschluss noch nicht bearbeitet werden.

BV 3 am 30.04.2015

**8.2.3 Erhalt des Gebäudeensembles Redwitzstraße 57 in Köln-Sülz  
(Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen)  
- vertagter TOP 8.2.1 vom 09.03.2015 -  
AN/0141/2015**

---

Die Bezirksvertretung Lindenthal fasst folgenden **geänderten Beschluss**:

Die Bezirksvertretung Lindenthal schlägt den Erhalt des Gebäudes Redwitzstraße 57 vor. Sie fordert die zuständige Fachverwaltung von Denkmalschutz und Bauaufsicht auf, einen machbaren Weg zu finden, das Denkmalgebäude Redwitzstraße 57 zu erhalten. In die Überlegungen wird die Bezirksvertretung Lindenthal einbezogen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

14 Ja-Stimmen (7 CDU, 4 SPD, 1 FDP, 1 Die Linke, 1 AfD)  
5 Enthaltungen (5 Grüne)

**Aktueller Sachstand:**

Für das Grundstück Redwitzstr. 57 liegt ein Bauantrag zur Erteilung einer Baugenehmigung für den Abbruch von Hallen, Garagen und einem Wohngebäude im Innenhof vor. Zu dem Bauantrag liegt noch keine Entscheidung vor. Das denkmalgeschützte Wohnhaus ist von den beantragten Abbruchmaßnahmen nicht betroffen.

Zudem liegt für das Grundstück eine Bauvoranfrage zur Klärung des Bauplanungsrechts für die Errichtung eines Wohngebäudes sowie für den Umbau und die Sanierung eines denkmalgeschützten Wohnhauses vor. Über die Voranfrage ist noch nicht entschieden. Eine genehmigte Voranfrage (Vorbescheid) berechtigt nicht zum Baubeginn.

BV 3 am 30.04.2015

#### **8.2.4 Schülerverkehr auf der KVB-Buslinie 130 (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) AN/0615/2015**

##### **Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Lindenthal appelliert an die KVB-AG, den Schülerverkehr von Sülz/Klettenberg auf der Linie 130 nach Zollstock (Gesamtschule) so abzuwickeln, dass die Schüler/innen morgens und nachmittags ein ausreichendes und sicheres Angebot der Beförderung erhalten. Die Zusatzbusse sollten zuverlässig und planbar eingesetzt werden.

Zur besseren Fahrgastinformation wird an der Bushaltestelle Siebengebirgsallee (Richtung Zollstock) eine dynamische Fahrgastinformation aufgestellt.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

##### **Aktueller Sachstand:**

Die Verwaltung hat in der Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal am 31.08.2015 unter TOP 11.2.4 Folgendes mitgeteilt:

„Die KVB steht zur besseren Abwicklung des Schülerverkehrs im ÖPNV im regelmäßigen Austausch mit den Schulen. Ziel ist, bei absehbaren Veränderungen der Schulunterrichtszeiten möglichst zeitnah eine Anpassung des Leistungsangebotes vorzunehmen. Um dies zu ermöglichen, werden explizite Schülerverkehre nicht im Fahrplanbuch veröffentlicht.

Bei der Linie 130 prüft die KVB (wie bei anderen Linien auch) mehrmals im Laufe des Jahres, welchen Anpassungsbedarf es gibt und setzt diesen bei Bedarf umgehend um.

Die KVB testet derzeit an einigen ausgewählten Bushaltestellen alternative Anlagen zur dynamischen Fahrgastinformation (DFI). Wesentlicher Unterschied ist, dass diese Anzeiger ohne einen externen Stromanschluss auskommen, wodurch teure Tiefbauarbeiten vermieden werden könnten.

Mit dem Test soll ermittelt werden, ob sich die Anlagen für die Fahrgastinformation eignen und ob die Technik zuverlässig funktioniert. Falls die Tests positiv ausfallen, ist die Anschaffung weiterer Anlagen geplant, so dass deutlich mehr Bushaltestellen wie beispielsweise die Haltestelle Siebengebirgsallee mit DFI-Anlagen ausgestattet werden könnten.“

Die Verwaltung wird in einer der nächsten Sitzungen berichten.

BV 3 am 08.06.2015

**8.1.9 Aufstellung größerer Abfallbehälter im Bereich der Meister-Ekkehard-Straße am Eingang zum Inneren Grüngürtel  
(Antrag der SPD-Fraktion)  
AN/0816/2015**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Lindenthal beauftragt die Verwaltung, im Bereich der Meister-Ekkehard-Straße am Eingang zum Inneren Grüngürtel für größere Abfallbehälter zu sorgen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Führer, Frau Pinl, Frau Vadood

**Aktueller Sachstand:**

Eine weitere satzungsgemäße Aufstellung von Papierkörben im benannten Bereich wird nicht befürwortet. Erst kürzlich wurden seitens der AWB 2 neue grüne Drahtgitterpapierkörbe am Parkeingang aufgestellt. Weitere Mülleimer befinden sich auf der Universitätsstraße sowie der Zülpicher Straße. Ferner hat die Universität ebenfalls eigene Papierkörbe aufgestellt. Mit diesem Papierkorbangebot ist der benannte Bereich ausreichend bestückt.

**Der Beschluss ist damit erledigt.**

BV 3 am 31.08.2015

**8.1.7 Ersatzpflanzungen für durchgeführte Baumrodungen im Stadtbezirk Lindenthal  
(Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der SPD-Fraktion und von Herrn Müller/Die Linke)  
AN/1204/2015**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Lindenthal beschließt, dass für erfolgte Baumrodungen im Stadtbezirk Lindenthal, die zum Teil auch auf Veranlassung vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) NRW vorgenommen wurden, Ersatzpflanzungen unverzüglich veranlasst werden.

Es handelt sich vorwiegend um folgende Baumfällungen:

- „Patientengarten“ der Universitätskliniken Köln
- 70 Buchen eines ebenfalls alten Baumbestandes in der Straße „An Sportpark“ (vormals Carl-Diem-Weg) zur Errichtung eines weiteren Institutsgebäudes für die Sporthochschule Köln

In diesem Zusammenhang ersucht die Bezirksvertretung Lindenthal die Verwaltung, dazu Stellung zu nehmen, zu welchen Auflagen die Vorhabenträger seinerzeit verpflichtet wurden, von wem deren Einhaltung überwacht und in welchem Umfang auch der Beirat der Unteren Landschaftsbehörde beteiligt wurde.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Pinl

**Aktueller Sachstand:**

Von der Fachverwaltung liegt noch keine Stellungnahme vor.

BV 3 am 31.08.2015

**8.2.2 Stopp der Ersetzung von Wartehäuschen  
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)  
AN/1208/2015**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Lindenthal fordert die Verwaltung und die KVB-AG auf, den Austausch von Wartehäuschen (FGU) an den oberirdischen Stadtbahn- und Bushaltestellen überall dort sofort zu beenden, wo nicht garantiert ist, dass die neuen FGU ebenfalls mit Sitzbänken ausgestattet werden können.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Pinl

**Aktueller Sachstand:**

Die Stellungnahme der Fachverwaltung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.



BV 3 am 31.08.2015

**8.2.3 Internetangebote in Köln-Widdersdorf  
(Antrag der SPD-Fraktion)  
AN/1209/2015**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Lindenthal beauftrag die Verwaltung, darauf hinzuwirken, dass im Stadtteil Köln-Widdersdorf flächendeckend eine Internetversorgung angeboten wird, die dem Kölner Standard entspricht.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Pinl

**Aktueller Sachstand:**

Die Verwaltung ist für den Breitbandausbau und die Versorgung mit entsprechender Internetinfrastruktur nicht zuständig.

Der Telekommunikationsdienstleister und Kabelnetzbetreiber NetCologne, der zumindest teilweise die Versorgung mit Breitband in Köln betreibt, wurde um Stellungnahme gebeten. Diese liegt noch nicht vor.

BV 3 am 28.09.2015

**8.1.4 Barrierefreie Spielplätze im Stadtbezirk Lindenthal  
(Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen, der SPD-Fraktion, von Herrn Müller/Die Linke und von Herrn  
Blümel/FDP)  
AN/1412/2015**

**Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird bei der Neuplanung und bei der Planung von Sanierungen von Spiel- und Bolzplätzen im Stadtbezirk Lindenthal gebeten, das im Jahr 2009 beschlossene Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik umzusetzen. Darin heißt es zu Spiel- und Bolzplätzen:  
Im Zuge der Diskussion um neue Konzepte von Spielplätzen werden grundsätzlich die Bedürfnisse aller potentiellen Nutzerinnen und Nutzer berücksichtigt und in die Planungen einbezogen.  
Für die Spielraumgestaltung heißt das:
  - die Schaffung von Spiel- und Aufenthaltsräumen, die die Begegnung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Beeinträchtigungen fördern und ihren Bedürfnissen gerecht werden,
  - die Beteiligung aller Kinder und Jugendlichen an der Gestaltung sowie aller Anwohnerinnen und Anwohner vor Ort, ohne jede Einschränkung.

Die gemeinsame Beteiligung an der Gestaltung der Spielräume sowie die gemeinsame Nutzung fördern gleichzeitig ein Miteinander ohne Vorurteile. Ziel ist es, dass möglichst viele Spielplätze die Anforderungen an einen integrierten Spielplatz erfüllen.

- Im Rahmen der zukünftigen Um- und Neubauten von Spielplätzen werden die Gesichtspunkte der Barrierefreiheit und Integration bei der Planung und Gestaltung berücksichtigt.
  - Es wird verstärkt darauf geachtet, dass auch behinderte Kinder und ihre Eltern in die Beteiligungen für die Gestaltung einbezogen werden.
  - In Kooperation mit dem Büro der Behindertenbeauftragten wird ein barrierefreier und integrativer Spielplatz modellhaft gestaltet.
  - Bei den Eigentümern und Bauherren privater Spielplätze wird für eine barrierefreie Gestaltung geworben.
2. Die Verwaltung wird gebeten, bei allen zukünftigen Planungen von Spiel- und Bolzplätzen dieses Handlungskonzept nicht nur zu beachten, sondern der Bezirksvertretung jeweils darzulegen, wie es konkret, inklusive einer Aufstellung der entstandenen Kosten, umgesetzt wird.

3. Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung um eine Aufstellung, bei welchen Spiel- und Bolzplätzen die Gesichtspunkte der Barrierefreiheit bei Planung und
4. Gestaltung bereits berücksichtigt wurden und ob ein Spielplatz modellhaft bisher barrierefrei gestaltet wurde und wenn ja welcher.
5. Bei den oben genannten Planungen von Spiel- und Bolzplätzen sollte die Fachstelle Behindertenpolitik der Stadt Köln jeweils in die Planungen mit einbezogen werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Berthmann, Herr Lhotka

### **Aktueller Sachstand:**

Die Kinder- und Jugendverwaltung gestaltet Spiel- und Bolzplätze bereits so, dass diese barrierefrei im Sinne der Zugänglichkeit sind und als Treffpunkt für alle Kinder dienen. D. h. sie werden so angelegt, dass sie von allen ungeachtet der Herkunft, der Religion, Handicaps usw. gemeinsam aufgesucht und genutzt werden können.

Im Hinblick auf die Umsetzung des Inklusionsgedanken wird seitens der Kinder- und Jugendverwaltung großer Wert auf die Gestaltung der Spielflächen und die Auswahl der Spielgeräte gelegt. Dabei ist es wichtig für Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen gleichermaßen Spielreize zu bieten, damit sich die Kinder beim gemeinsamen Spielen weiterentwickeln können.

So wurden zum Beispiel bei der soeben fertiggestellten Baumaßnahme des Spielplatzes „Stormstraße/Ludwig-Jahn-Straße“ in Weiden für die Spielgeräte rote Seile ausgewählt, weil sie für sehgeschwächte Kinder und Jugendliche leichter sichtbar sind. Ebenso wurde die Vogelneestschaukel so nah wie möglich an den Rand der Fallschutzfläche gesetzt, damit gehbehinderte Kinder und Jugendliche diese besser erreichen können.

Bei allen Maßnahmen führt die Kinder- und Jugendverwaltung Beteiligungen mit den Kindern, Jugendlichen und Anwohnern im Wohnumfeld durch, um ihre Wünsche, Ideen und Bedürfnisse zur Gestaltung eines Spielplatzes in die Planungen aufzunehmen. Natürlich werden die Kinder mit Handicaps und deren Eltern einbezogen.

In gezielten Gesprächen mit den betroffenen Kindern und deren Eltern werden Wünsche und Erfordernisse besprochen. Die Ergebnisse wie z.B. Erreichbarkeit der Spielgeräte, besondere Varianten von Spielgeräten oder die Frage des Fallschutzes werden dann in das Gesamtkonzept eingebunden.

Aktuell finden Gespräche mit der Fachstelle Behindertenpolitik statt.

Die Jugendverwaltung ist gern zu einem Fachgespräch hinsichtlich der Barrierefreiheit auf Spiel- und Bolzplätzen bereit.

BV 3 am 28.09.2015

**8.1.13 Umbenennung des namenlosen Platzes auf dem ehemaligen Kinderheim-Gelände in "Elisabeth von Mumm-Platz"  
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

**- vertagter TOP 8.1.8 vom 31.08.2015 -  
AN/1205/2015**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Lindenthal bittet die Verwaltung zu prüfen, ob der zur Zeit noch namenlose Platz zwischen der Kirche „Zur Heiligen Familie“ und dem Sülzgürtel auf dem ehemaligen Kinderheim-Gelände in „Elisabeth-von-Mumm-Platz“ benannt werden kann.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Berthmann, Herr Lhotka

**Aktueller Sachstand:**

Eine Umbenennung ist nach Prüfung durch die Fachverwaltung möglich.

Der Bezirksvertretung Lindenthal wird in Kürze eine entsprechende Beschlussvorlage zur Entscheidung vorgelegt.

**Der Beschluss ist damit erledigt.**

BV 3 am 28.09.2015

**8.2.1 Taktverbesserung auf der KVB-Linie 144  
(Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen, der SPD-Fraktion und von Herrn Müller/Die Linke)  
AN/1422/2015**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Lindenthal beschließt die Verdichtung des Taktes der KVB-Buslinie 114 vom Bahnhof Lövenich ins Gewerbegebiet Lövenich. Die Verwaltung möge prüfen, mit welchem Auswand eine Verdichtung auf 20 Minuten (jede 2. S-Bahn, also 3 Anschlüsse), auf 15 Minuten (4 S-Bahn-Anschlüsse) oder 10 Minuten (6 Anschlüsse) während der Hauptverkehrszeiten machbar ist und das Ergebnis der Bezirksvertretung Lindenthal zur Beschlussfassung vorlegen. Ziel ist eine Verdichtung zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Berthmann, Herr Lhotka

**Aktueller Sachstand:**

Aufgrund anderer Prioritätenfestlegungen und fehlender personeller Kapazitäten konnte dieser Beschluss noch nicht bearbeitet werden.

BV 3 am 28.09.2015

**8.2.2 Öffnungszeiten des Kundenzentrums Lindenthal  
(Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen und von Herrn Müller/Die Linke)  
AN/1423/2015**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Lindenthal fordert die Verwaltung auf, die Öffnungszeiten des Kundenzentrums Lindenthal am Dienstag zu ändern und deutlich früher zu öffnen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Berthmann, Herr Lhotka

**Aktueller Sachstand:**

Die Öffnungszeiten aller Kundenzentren wurden zum 02.01.2013 harmonisiert. Seit diesem Termin gelten in allen Kundenzentren die gleichen Öffnungszeiten, wodurch zum Einen die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern erleichtert wurde, zum Anderen die Beschäftigten in allen Kundenzentren unter denselben Rahmenbedingungen eingesetzt sind.

Im Bedarfsfalle ist es so auch möglich, Personal zur Kompensierung von krankheitsbedingten Personalausfällen zwischen den einzelnen Kundenzentren auszutauschen, so dass die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes in jedem Falle gewährleistet ist.

Die einheitlichen Öffnungszeiten sind nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger von Vorteil, sondern berücksichtigen auch die Besonderheiten des Dienstbetriebes im Meldebereich. So besteht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kundenzentren die Möglichkeit, montags, mittwochs und freitags nachmittags administrative und interne Angelegenheiten zu bearbeiten, ohne dass hierdurch die Bearbeitung von Publikum beeinträchtigt wird.

Im Rahmen einer Kundenbefragung im November 2013 und seit Januar 2014 online haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, die unterschiedlichen Dienstleistungen der Kundenzentren zu bewerten. Auch eine Rückmeldung zu den Öffnungszeiten der Kundenzentren ist hier möglich. Zusammenfassend lässt sich hier immer wieder erkennen, dass die Bürgerinnen und Bürger mit den Öffnungszeiten der Kundenzentren zufrieden sind (Note 2). Auch wurde hierbei deutlich, dass die langen Öffnungszeiten am Dienstag insbesondere von berufstätigen Bürgerinnen und Bürgern gerne in

Anspruch genommen werden. Da der gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeitrahmen eingehalten werden muss, wurde die Öffnungszeit am Dienstag auf 9:30 Uhr festgelegt.

Im Rahmen der regelmäßigen Auswertung der Kundenbefragung unterliegen die Öffnungszeiten natürlich einer dauerhaften Kontrolle, so dass bei Bedarf eine Überarbeitung erfolgen kann.

**Der Beschluss ist damit erledigt.**



BV 3 am 09.11.2015

**8.2.1 Bebauungsplan Junkersdorf Nord (Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von Herrn Müller/Die Linke)  
AN/1632/2015**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Lindenthal bittet den Stadtentwicklungsausschuss um einen Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplans in Junkersdorf-Nord zwischen Achener Str. – BAB 1 – Ludwig-Jahn-Str. – Vogelsanger Weg.

Ziel des Bebauungsplans soll eine geordnete städtebauliche Entwicklung durch eine maßvolle Verdichtung bei Erhalt des wertvollen Baumbestands sein.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Herr Weber-Baronowsky

**Aktueller Sachstand:**

Von der Fachverwaltung ist für die Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal am 27.06.2016 eine Stellungnahme angekündigt worden.

BV 3 am 07.12.2015

**8.1.2 Offenhalten von Verkaufsstellen am Sonntag  
(Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen, der SPD-Fraktion und von Herrn Müller/Die Linke)  
AN/1757/2015**

Die Bezirksvertretung Lindenthal fasst folgenden **geänderten Beschluss**:

Die Bezirksvertretung Lindenthal bittet die Verwaltung, den Kölner Kriterienkatalog zur Öffnung von Verkaufsstellen an Sonntagen zu überarbeiten und die Fragestellungen aus dem Rechtsgutachten der Kanzlei Müller-Kühn sowie die Festlegungen des Bundesverwaltungsgerichts-Urteiles vom 11.11.2015 einzuarbeiten.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Dr. Lerch, Herr Schüler

**Aktueller Sachstand:**

Die Verwaltung wird zu einer sogenannten Konsensrunde im 1. Halbjahr 2016 die Vertreter der Interessengemeinschaften des Einzelhandels in den Stadtteilen, den DGB Köln-Bonn, ver.di Bezirk Köln, den Einzelhandelsverband Köln e.V., die Industrie- und Handelskammer zu Köln, den Katholikenausschuss in der Stadt Köln, den Evangelischen Kirchenverband Köln & Region, die DEHOGA Nordrhein Geschäftsstelle Köln, die Handwerkskammer zu Köln und die Industrie- und Handelskammer zu Köln einladen.

Ziel dieser Gesprächsrunde ist, den gemeinsam erarbeiteten Kriterienkatalog in der vorliegenden Form und die Anforderungen an die Veranstaltungen, die für Sonntagsöffnungen erforderlich sind, unter Betrachtung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes vom 11.11.2015 sowie die Fragestellung aus dem Rechtsgutachten der Kanzlei Müller-Kühn zu erörtern und gegebenenfalls Anpassungen im Kriterienkatalog vorzunehmen.

BV 3 am 07.12.2015

**8.1.7 Maßnahmen in Anwendung der Lärmschutzplanung für die Blaugasse in Widdersdorf  
(Antrag der CDU-Fraktion)  
AN/1802/2015**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird gebeten zu überprüfen, ob die Lärmbelastung in der Blaugasse in Widdersdorf die vorgeschriebenen Höchstwerte überschreitet.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Dr. Lerch, Herr Schüler

**Aktueller Sachstand:**

Maßgeblich für die Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47 d des Bundesimmissionsschutzgesetzes sind in Nordrhein-Westfalen die mit Erlass zur Lärmaktionsplanung vom 07.02.2008 seitens des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen festgelegten Auslösewerte. Diese belaufen sich auf 70 dB(A)  $L_{DEN}$  (Belastung über 24 Stunden - Day, Evening, Night) und 60 dB(A)  $L_{Night}$  (Belastung von 22.00 Uhr – 6.00 Uhr). Diese Auslösewerte stellen keine Grenzwerte dar, bei deren Überschreitung ein Anspruch auf Maßnahmenumsetzung besteht. Bei einer Überschreitung dieser Werte ist die Kommune jedoch verpflichtet, eine Lärmaktionsplanung im Sinne der EU-Umgebungslärmrichtlinie durchzuführen, bei der für solche Bereiche Lärmschutzmaßnahmen in Erwägung gezogen oder eingeführt werden.

Ausgehend von der Blaugasse sind gemäß den vorliegenden Lärmkartierungen nach EU-Umgebungslärmrichtlinie keine Auslösewertüberschreitungen gegeben. Bei der auf das Jahr 2007 ausgerichteten ersten Stufe der Lärmkartierung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie ergaben sich jedoch teilweise an zur Adrian-Meller-Str. orientierten Gebäudeseiten von Wohngebäuden der Blaugasse Auslösewertüberschreitungen, die durch die Verkehrsbelastung auf der Adrian-Meller bedingt waren. Solche Auslösewertüberschreitungen weist die auf das Jahr 2012 ausgerichtete zweite Stufe der Lärmkartierung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie an Wohngebäuden der Blaugasse nicht mehr aus.

Unabhängig hiervon ist die Adrian-Meller-Str. in der zurzeit in der politischen Beratung befindlichen Beschlussvorlage 2422/2015 (Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47 d BImSchG / Handlungs- und Maßnahmenkatalog der Firma LK-Argus für die weiteren Arbeiten zur Kölner Lärmaktionsplanung) als Straße mit einem Handlungsbedarf 3. Ordnung gelistet.

Gemäß dem o. g. Handlungs- und Maßnahmenkatalog sollten sich Handlungen und Maßnahmen des Lärmaktionsplanes aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel in erster Linie auf die Straßenabschnitte mit dem Handlungsbedarf 1. und 2. Ordnung orientieren, da hier mehr Einwohner von lärmindernden Maßnahmen profitieren werden. Für den Fall, dass für diese Straßenabschnitte keine Maßnahmen anwendbar sind, sind gemäß Handlungs- und Maßnahmenkatalog die Straßenabschnitte mit einem Handlungsbedarf dritter und vierter Ordnung für Maßnahmen vorzusehen.

Die Adrian-Meller Str. hat also im Rahmen der Lärmaktionsplanung als Straße mit einem Handlungsbedarf 3. Ordnung einen relativ hohen Stellenwert.

**Der Beschluss ist damit erledigt.**

BV 3 am 07.12.2015

**8.2.1 Zeitnahe Erarbeitung sozialer Erhaltungssatzungen für Köln  
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)  
AN/1803/2015**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Lindenthal bittet die Verwaltung um die Erarbeitung eines konkreten Zeitplans für die Aufstellung sozialer Erhaltungssatzungen für Teile des Kölner Stadtgebiets, die der Verdrängung der dort ansässigen Bevölkerung zugunsten zahlungskräftiger Mieter/Eigentümer entgegen wirken sollen („Gentrifizierung“).

Außerdem bitten wir, weitere Stadtteile, auch im Stadtbezirk 3, darauf hin zu untersuchen, in wie weit Verdrängungsprozesse stattfinden.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich zugestimmt.

13 Ja-Stimmen (5 CDU, 4 Grüne, 3 SPD, 1 Die Linke)  
1 Nein-Stimme (1 FDP)  
3 Enthaltungen (2 CDU, 1 Einzelmandatsträger)

Nicht anwesend: Frau Dr. Lerch, Herr Schüler

**Aktueller Sachstand:**

Anhand einer statistischen und planerischen Bewertung des gesamten Stadtgebietes ist eine qualifizierte Abschätzung erfolgt, in welchen Stadtvierteln ein begründeter Verdacht besteht, dass die Anwendungsvoraussetzungen für den Erlass einer Sozialen Erhaltungssatzung gegeben sind. Als Ergebnis diese Voruntersuchung sind die beiden Verdachtsgebiete Severinsviertel und Mülheim (Teilbereiche) identifiziert worden. Es ist vorgesehen, die stadtweite Voruntersuchung im Sinne eines kontinuierlichen Monitorings regelmäßig durchzuführen.

Für die identifizierten Gebiete werden von der Verwaltung derzeit Aufstellungsbeschlüsse vorbereitet.

Die Einbringung dieser ist für 2016 vorgesehen. Parallel dazu werden die anschließend durchzuführenden vertiefenden sozialräumlichen Untersuchungen (Schwerpunkt Bewohnerbefragung) vorbereitet, die als belastbare Grundlage für das weitere Vorgehen und eine mögliche Satzung dienen. Es ist vorgesehen, die vertiefenden sozialräumlichen Untersuchungen extern zu vergeben.

Die Darstellung eines konkreteren Zeitplans ist derzeit nicht möglich, da das weitere Vorgehen u. a. unter dem Vorbehalt der vorläufigen Haushaltsführung steht.

BV 3 am 07.12.2015

**8.2.2 Unterbringung von Flüchtlingen und Studierenden im Haus Zülpicher Straße 290  
(Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der SPD-Fraktion und von Herrn Müller/Die Linke)  
AN/1813/2015**

Die Bezirksvertretung Lindenthal fasst folgenden **geänderten Beschluss**:

Die Bezirksvertretung Lindenthal beauftragt die Verwaltung, unverzüglich alle verfügbaren Maßnahmen zu ergreifen, um in dem seit langem leerstehenden Haus Zülpicher Straße 290 Wohnraum für Flüchtlinge und Studenten zu schaffen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Dr. Lerch, Herr Schüler

**Aktueller Sachstand:**

Das Haus an der Zülpicher Str. 290 steht seit vielen Jahren leer. Verhandlungen über einen Ankauf oder eine Vermietung des Gebäudes von Seiten der Stadt Köln hatte der Eigentümer abgelehnt.

Seit dem 09.09.2015 hat der Eigentümer einen bevollmächtigten Vertreter. Die Stadt Köln steht mit diesem Vertreter in Verhandlungen über eine einvernehmliche Herrichtung des Gebäudes und eine anschließende Vermietung an die Stadt Köln. Ein Verkauf des Gebäudes kommt für den Eigentümer bzw. bevollmächtigten Vertreter nicht in Frage. Im Augenblick finden die Mietverhandlungen statt.

Die Hausbesetzer, die Stadt und der Vertreter des Eigentümers tauschen sich über die Planungen aus.

In dem Gebäude sollen nach Abschluss der Sanierung/Renovierung besonders schutzbedürftige Flüchtlinge untergebracht werden.

BV 3 am 07.12.2015

**9.1.4 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2015 für den Stadtbezirk Lindenthal  
3549/2015**

**Beschluss:**

1. Die Bezirksvertretung Lindenthal beschließt, die vom Rat im Haushaltsplan 2015 für das Haushaltsjahr 2015 bereitgestellten Mittel in Höhe von 50.000 € für Maßnahmen zur Stadtverschönerung entsprechend dem vom Finanzausschuss in seiner Sitzung am 09.11.2015 beschlossenen Kriterienkatalog wie folgt zu verwenden:
  - Schutzmaßnahmen für Bäume durch Baumschutzscheiben auf der Aachener Straße zwischen Universitätsstraße und Gürtel
  - Verschönerung Lortzingplatz gemäß Beschluss vom 28.09.2015 (TOP 8.1.3)
  - Weitere Ergänzung der Baumanpflanzungen Lechenicher Straße
  - Neuerrichtung von Sitzbänken auf der Hundewiese an der Postdamer Straße und der Grünfläche Neuenhöfer Allee/Hollerather Straße/Euskirchener Straße/Mommsenstraße
  
2. Die Bezirksvertretung Lindenthal empfiehlt dem Finanzausschuss, folgenden **Beschluss** zu fassen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 50.000 € für die von der Bezirksvertretung Lindenthal beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2015, im Teilergebnisplan 1301-Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzelle 13-Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Dr. Lerch, Herr Schüler

**Aktueller Sachstand:**

Von der Fachverwaltung liegt noch keine Stellungnahme vor.



